

Besprechung in der Reichskanzlei mit den Ressortchefs
Über die ~~Not~~verfassung und die Finanzgebarung
des Reiches am 31. Januar 1919, vorm. 11 Uhr.

37

Anwesend

Kabinett: V.B. Ebert, V.B. Scheidemann, V.B. Landsberg, V.B. Wissel, V.B. Noske.
Reichsamt des Innern: Staatssekretär Dr. Preuss, Geh. Rat Dr. Schulze, Geh.
Rat Apell,
Reichsschatzamt: Staatssekretär Schiffer,
Reichswirtsch. Amt: Dr. Müller, Staatssekr.,
Reichsarbeitsamt: Staatssekr. Bauer,
Demobilmach. Amt: Staatssekr. Koeth,
Reichsjustizamt: Staatssekr. Dr. v. Krause,
Reichsmarineamt: Vizeadm. Rogge,
Kriegsmin.: Kriegsmin. Reinhardt,
Reichspostamt: Staatssekre. Rüdlin,
Reichseisenbahnamt: Präsident Fritsch,
Reichsamt f. d. Verw. d. Reichs-
eisenbahnen: Min. d. öffentl. Arbeiten Hoff,
Waffenstillstandskom.: Staatssekr. Erzberger.

V. B. Ebert eröffnet die Sitzung.

St. S. Dr. Preuss: Für die Notverfassung mussten wir den Einzelstaa-
ter gewisse Konzessionen machen. Das gilt namentlich für den
mit einiger ~~Keine~~ Modifikationen wiedererstandenen Bundesrat.
Die Einzelstaaten haben die Notverfassung so, wie sie vorliegt,
als ganz unerhört unitarisch bezeichnet. Eine Frage ist nur,
wie wir uns zu Elsass-Lothringen stellen sollen. Besonders
erwähnen können wir es in der Verfassung nicht, da in dem
Staatenausschuss keine elsass-lothringische Regierung vertre-
ten sein kann. Deshalb fällt in § 2 jede Nennung der im
Staatenausschuss vertretenen Staaten fort. Ohne Unterschied
der Parteirichtung bestehen alle Einzelstaaten auf ihrer ab-
soluten Selbständigkeit. Das Einzige, was uns hier noch hilft,
ist, dass Bayern so extreme Forderungen stellt, dass kein an-
derer mitmacht. Mein Vorschlag wollte eine mittlere Linie schaf-

R. Weir

fen und den Einzelstaaten eine moderne Vertretung geben. Dass ich das Richtige getroffen habe, zeigt, dass die Angriffe sowohl von den extremen Unitariern, wie von den Partikularisten kommen. Es fragt sich nun, ob wir uns auch für die definitive Verfassung auf ein solches Kompromiss von dem Staatenausschuss einlassen wollen. Das Kompelle zur Zusammenschliessung der kleineren Bundesstaaten und der Zerlegung des grössten verschwindet aber mit dem Fortfall des Staatenhauses. Ueber die Kompetenzfrage haben wir in der Konferenz mit den Einzelstaaten/gesprochen. Wenn wir uns in der Organisation schwächen lassen sollen und auch gleichzeitig in der Kompetenz, so können wir die Verantwortung für einen solchen Entwurf nicht mehr übernehmen.

Kriegsmin. Reinhardt fragt, ob auch an die Schaffung eines Reichskriegsministeriums gedacht sei.

St. S. Dr. Preuss: Das Verhältnis zwischen dem Reichskriegsminister und dem preussischen Kriegsminister, solange wir noch einen solchen haben, könnte ähnlich sein, wie zwischen dem Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen und dem preussischen Eisenbahnminister.

St. S. Dr. v. Krause: Bezüglich der Organisation werden wir den Einzelstaaten Konzessionen machen können, dagegen müssen wir den schärfsten Widerstand leisten, wo es sich um die materiellen Kompetenzen handelt. Ich habe gehört, dass sogar Minister, die der sozialdemokratischen Fraktion angehören, sich gegen die Uebernahme der Eisenbahn durch das Reich ausgesprochen haben.

St. S. Schiffer: Die grössere Vereinheitlichung des Reiches wird weniger aus Neigung, als aus Not ganz von selbst eintreten. Eine Anzahl von kleineren Staaten wird leistungsunfähig und mehr oder minder waldeckisiert werden. Der Bundesrat hätte auch bei Fortbestand der alten Verfassung nicht in seiner bisherigen Form weiter bestehen können. Er ^{war} ~~ist~~ nur ein Hemmschuh und musste sich schliesslich doch den Wünschen des Reichstages fügen. Wenn das Staatenhaus in der Form, wie es hier vorgeschlagen ist, nicht durchgesetzt werden kann, wäre vielleicht eine Zusammensetzung in der Form möglich, dass die Hälfte der Mitglieder ge-

wählt wird und die andere Hälfte von den Staaten ernannt wird, aber nicht instruiert wird, sondern ebenfalls frei abstimmen kann. Durch die Abberufungsmöglichkeit würden die Staaten ja immerhin einen gewissen Druck auf die Abstimmung ihrer Delegierten ausüben können. Solchem Plan scheinen mir auch die einzelstaatlichen Finanzminister nicht abgeneigt zu sein. Bei den Zuständigkeiten muss die Regierung fest bleiben, da das Reich nach der neuen Verfassung nicht die Kompetenz-Kompetenz hat.

41

St. S. Wurm kommt auf den ursprünglichen Entwurf der Beiräte der einzelstaatlichen Regierungen zurück unter Beseitigung des Staatenhauses. Einen besseren Ausweg habe er nicht gefunden.

St. S. Dr. Preuss: Die Einzelstaaten lehnen aber sogar die Beiräte +plus Staatenhaus ab und werden sich daher mit den Beiräten allein nicht begnügen.

St. S. Wurm: Sollte sich innerhalb der Regierung keine angemessene Regelung finden lassen, so müsste man an die Entscheidung der Gesamtheit der Bevölkerung durch ein Referendum appellieren. Die Bevölkerung strebt weit mehr nach der unitarischen Seite hin als die einzelstaatlichen Regierungen. Die Bevölkerung hat kein Verständnis für die Quisquilien der Einzelstaaten.

V. B. Ebert: Die Notverfassung stellt das äusserste Mass dessen dar, was das Reich den Einzelstaaten an Einfluss gestatten kann. Hinsichtlich der Kompetenzen dürfen wir keine weiteren Konzessionen machen. Da müssten wir den Kampf in der Nationalversammlung aufnehmen. Dadurch wird aber unsere aussenpolitische Stellung auf das äusserste gefährdet. Die gesamte bayerische Regierung hat sich gegen die provisorische Verfassung ausgesprochen, weil sie den bayerischen Sonderwünschen nicht genügend Rechnung trägt. Das Bestreben, durch die Nationalversammlung möglichst rasch zu einem verfassungsmässigen Zustand zu kommen, wird durch das Verhalten der Einzelstaaten ausserordentlich erschwert.

Beh. Rat Schulze schlägt vor, den Abgeordneten der Nationalversammlung halbmonatlich 400 M Diäten zu zahlen, es im übrigen aber

bei den Bestimmungen des Gesetzes zu Kassanz über die Diäten der Reichstagsabgeordneten zu belassen. Eine entsprechende Bestimmung müsste in die provisorische Verfassung aufgenommen werden. 43

V. B. Ebert spricht sich gegen die Aufnahme in die provisorische Verfassung aus, da dadurch ihre Verfassung nur hinausgezögert werden würde. In den Kreisen der Reichstagsabgeordneten bestände eine grosse Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regelung der Diäten. Der Satz von 400 M halbmönatlich scheint mir reichlich niedrig bemessen zu sein; bisher waren es 30 M pro Tag, während das nur 25 M pro Tag ausmachen würde.

St. S. Schiffer: Es würde den schlechtesten Eindruck machen, wenn die Nationalversammlung ihre Verhandlungen damit beginnen würde, sich über die Tagegelder zu unterhalten, die sie sich bewilligen will. Die Sache muss so erledigt werden, dass darüber öffentlich nichts verhandelt wird.

V. B. Ebert: Vielleicht kann das mit der Geschäftsordnung erledigt werden.

St. S. Dr. v. Krause: Für die Diätenzahlung bietet die jetzige provisorische Verfassung schon eine gewisse Grundlage.

St. S. Dr. Prauss: Darin steht nur, dass Diäten gezahlt werden sollen, aber nicht, in welcher Höhe. Vielleicht könnte man zunächst einen Vorschuss zahlen und dann die Sache so schnell wie möglich erledigen. Das Gesetz über die provisorische Zentralgewalt darf nicht damit belastet werden.

St. S. Schiffer: Kann nicht ein Kurierdienst für die Reichsänter nach Weimar eingerichtet werden?

St. S. Ruslin: Der Kurierdienst wird eingerichtet, ebenso eine Flugpostdienst, von dem ich mir allerdings nicht allzu viel verspreche. Er soll die Berliner Morgenzeitungen nach Weimar bringen und die Stimmungsbilder der Presse usw. als Rückfracht mitnehmen.

St. S. Schiffer: Der Nationalversammlung soll in der Finanzvorlage gemacht werden erstens eine Kreditvorlage über 25 Milliarden, zweitens ein Statsnotgesetz, drittens die Steuervorlagen. Ausserdem soll Indemnität für die seit Bewilligung des letzten Kredits ausgegebenen Gelder nachgesucht werden.

45

St. S. Rüdlin: Welchen Inhalt soll das Notetatsgesetz haben? Soll es im Rahmen eines Stats erfolgen?

St. S. Schiffer: Ich warne davor; vor allem dürfen keine Neuforderungen^{ein} gestellt werden. Dann wird sich kein Ressort bändigen lassen. Dann kommen alle Beamten mit Wünschen.

St. S. Rüdlin: Es handelt sich für mein Ressort vor allem um bauliche Sachen.

St. S. Schiffer: Das liesse sich vielleicht im Pauschquantum erledigen.

V. B. Ebart schliesst die Sitzung.

- . - . - . - . - . -